

A. Das ist positiv

Bereiche Arbeit und Soziales

- Reform Bürgergeld: Mehr Aktivierung, mehr nachweisbare Eigeninitiative als aktive Bringschuld, wirksame Sanktionen. (S. 18)
- Abschaffung der EU-Lieferkettenrichtlinie. (S. 12)
- Schaffung eines Einwanderungsgesetzbuches und Entbürokratisierung der Zuwanderungsprozesse. (S. 26)
- Reformierung des Arbeitszeitgesetzes, indem eine wöchentliche statt eine tägliche Höchstarbeitszeit gefordert und damit neue und flexible Arbeitszeitmodelle ermöglicht werden. Die Arbeitszeitvorgaben sollen flexibilisiert und Öffnungsklauseln für Ruhezeitregelungen genutzt werden. Keine gesetzliche Regelung einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich. (S. 17)
- Die Tarifautonomie wird respektiert. Politische Eingriffe in die Arbeit der Mindestlohnkommission werden abgelehnt. (S. 17)
- Dokumentationspflichten beim Mindestlohn sollen vereinfacht werden. (S. 17)
- Digitale Arbeitsverträge müssen in allen Branchen möglich sein. (S. 17)
- Deckelung der Sozialabgaben bei 40 Prozent. (S. 20)
- Stärkung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge. (S. 20)
- Freie Wahl der Durchführung bei der Altersvorsorge für Selbstständige. (S. 18) Allerdings wird nicht eindeutig gesagt, dass es auch eine Verpflichtung geben soll.
- Unnötige Bürokratie im Gesundheitswesen soll abgebaut werden. (S. 32) Die Gesundheitshandwerke setzen sich seit langem für eine Entbürokratisierung ein, da dies sowohl für die Betriebe als auch für die Fachkräfte eine Erleichterung darstellen kann. Speziell das Präqualifizierungsverfahren muss reformiert werden.
- Steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten verbessern. (S. 29)
- Familienleistungen sollen entbürokratisiert und digitalisiert werden. (S. 29)
- Der Mutterschutz für selbstständige Frauen soll reformiert werden. (S. 29)
- Der Ausbau von Betriebskindergärten soll unterstützt werden. (S. 30)
- Das duale System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung soll erhalten bleiben. (S. 32)
- Alle Leistungsausweitungen der letzten 10 Jahre im Gesundheitswesen sollen einem Effizienz- und Wirtschaftlichkeitscheck unterzogen und ggfs. wieder aus dem GKV-Leistungskatalog gestrichen werden. (S. 32)
- Die gesetzliche Pflegeversicherung soll um eine kapitalgedeckte Komponente ergänzt werden. (S. 34)

- Die Verfahren zur Entsendung von Arbeitnehmern innerhalb der EU sollen einfacher und digitaler gemacht werden (z.B. A1-Bescheinigung). (S. 18)
- Anpassung des Statusfeststellungsverfahrens im Sinne der Selbständigen und Unternehmen. (S. 18)
- Die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung soll praxistauglicher gemacht werden, indem sie von der Krankenkasse an den Arbeitgeber weitergeleitet wird. (S. 17)
- Die während der Coronapandemie eingeführten Sonderregelungen zur telefonischen Krankschreibung sollen abgeschafft werden. (S. 17)

Bereich Berufliche Bildung

- Weiterentwicklung der mit dem ZDH 2020 gemeinsam initiierten Exzellenzinitiative zur Stärkung des Systems der beruflichen Bildung. (S. 8)
- Ausbau der internationalen Mobilität von Azubis (Aufbau eines Deutschen beruflichen Austauschdienstes, Ausbau von Erasmus+ für Auszubildende). (S. 8 und 9)
- Ausbau des Aufstiegs-BAföGs (u.a. Förderung von zwei Fortbildungsabschlüssen auf der gleichen Fortbildungsstufe). (S. 8)
- Angebote zur Berufsorientierung sollen u.a. durch die Schaffung eines Berufsorientierungsjahres gestärkt werden. (S. 8)
- bundesweite Einführung der Schulfächer Wirtschaft und Informatik. (S.8)

Bereich Gewerbeförderung

- Strukturelle Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Institutionen – strategisch entlang der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands und der EU. (S. 49)
- Mehr Freihandel wagen – möglichst viele Freihandelsabkommen schließen und Europäischen Binnenmarkt vertiefen. (S. 51)

Bereich Recht und Organisation

- Bürokratieabbau (u.a. quantifizierbares Abbauziel von 6 Mrd. Euro pro Legislatur, dreijähriges Moratorium, jährliche Entlastungsgesetze). (S. 11 ff.)
- Einführung eines Bundesministeriums für Digitalisierung. (S. 37)

Bereich Wirtschaftspolitik

- Digitaler Euro als zusätzliches Zahlungsmittel ohne Nutzungszwang. (S. 16)
- Energiepreise sollen abgesenkt werden. Stromsteuersenkung für alle und Einsetzen auf europäischer Ebene für deren Abschaffung. Energiesteuer auf Heiz- und Kraftstoffe soll mit Blick auf den steigenden CO₂-Preis sukzessive gesenkt werden. Netzentgelte sollen durch Digitalisierung und Flexibilisierung der Netze gesenkt werden. (S. 16)
- Umweltpolitik als Innovationsmotor. (S. 39 f.)
- Kreislaufwirtschaft als zentrales Instrument für mehr Klima-, Arten- und Naturschutz. (S. 40)
- Planungszeiten für alle Infrastrukturprojekte mindestens halbieren (S. 40), um Straßen, Schienen, Wasserstraßen und digitale Netze schneller auszubauen. Ersatzneubauten von Infrastruktur genehmigungsfrei stellen (hier ist wohl das Absehen von einer Planfeststellung gemeint), auch wenn diese erweitert und an den wachsenden Bedarf angepasst werden müssen. (S. 12)
- Reduzierung von Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten. Ablehnung von Vergabekriterien, die keinen Bezug zum Auftragsgegenstand haben. (Abzulehnen ist eine Wertgrenze für Direktaufträge von 100.000 Euro, da hierdurch der Wettbewerb massiv eingeschränkt würde.)
- Technologieoffener Ansatz in Hinblick auf Fahrzeugtechnik (Gleichstellung von Elektromobilität, klimaneutrale Kraftstoffe z. B. aus Strom oder Biomasse und Wasserstoff bei Regulatorik, Besteuerung und Förderung). (S. 41)
- Differenzierter und flexibler Ansatz zum Ausbau des ÖPNV (ergänzt durch flexible, bedarfsgerechte Angebote auf Grundlage von verfügbaren Daten und digitale Plattformen). (S. 43)
- Ein KI-gestütztes Verkehrsmanagement soll Verkehrsströme intelligent steuern und die Infrastrukturnutzung optimieren. (S. 43) Digitale Echtzeiterfassung von Parkplätzen. (Anmerkung: Eine Berücksichtigung gewerblicher Stellplatzbedarfe wird jedoch nicht separat erwähnt.)
- Verbesserung der steuerlichen Abschreibungen im Wohnungsbau (S. 42/43). Sonderabschreibung des Wachstumschancengesetzes soll ohne Einschränkung fortgeführt werden.
- Ein sofortiges Baukostenmoratorium soll staatliche Kostentreiber stoppen. (S. 43)
- Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden. (S. 43)
- „Überzogene Bau-Auflagen“ sollen abgebaut und auf sinnvolle Mindeststandards bei Gebäudeenergie, Brand- und Gesundheitsschutz sowie Statik reduzieren werden. Der Gebäudetyp E soll dazu als Blaupause für die Entrümpelung des Baurechts dienen. Dazu soll es eine Bund-Länder-Offensive für den Bau geben. (S. 43)
- Neben der Nachverdichtung und Aufstockung soll auch die Ausweisung neuer Bauflächen erleichtert werden. Vorgeschlagen wird auch eine „Genehmigungsfiktion“, wenn Behörden nicht fristgerecht auf Bauanträge reagieren. (Allerdings ist das anders als bei der Baulandausweisung ein Bauordnungsthema mit Länderzuständigkeit.) (S. 43)
- Eigentumserwerbs durch Freibeträge bei der Grunderwerbssteuer. (S. 43)

Bereich Steuer- und Finanzpolitik

- Entlastung von Beschäftigten und Personenunternehmen durch schrittweise Weiterentwicklung der Einkommensteuer zu einem linear-progressiven “Chancentarif”, dabei auch Abbau Mittelstandsbauch und Umsetzung “Tarif auf Räder” (S. 13)
- Bürokratieabbau im Steuerrecht (Aufbewahrungsfristen verkürzen, Streichung der Bonpflicht). (S. 12) Neben den Aufbewahrungsfristen müssen aber auch Festsetzungs- und Verjährungsfristen verlängert werden, um wirklich zu entlasten.
- Finanzverwaltung digitaler und effizienter aufstellen. (S. 14)
- Absenkung der Unternehmenssteuerbelastung auf unter 25%. (S. 14)
- Ist-Versteuerung (Umsatzsteuer) für mehr Unternehmen ermöglichen. (Seite 13)
- Verbesserung Verlustverrechnung durch einen unbeschränkten Verlustvortrag und eine weitere Ausweitung des Verlustrücktrags. (S. 14)
- Einführung von Sonderabschreibungen (S. 14)
- Unterstützung des Eigentumserwerbs durch Freibeträge bei der Grunderwerbssteuer. (S. 43/44) Anmerkung: Hier kann der Bund nur den Rahmen schaffen. Eine Umsetzung obliegt ausschließlich den Ländern.)

Bereich Europapolitik

- Gold-Plating-Verbot und Bürokratie aus Brüssel abbauen. (S. 12)
- Berichtspflichten aus dem Green Deal abschaffen (betrifft Taxonomie, EU-Lieferkettengesetz, CSRD und Aktionsplan Kreislaufwirtschaft) (S. 12), Ablehnung Sozialtaxonomie (S. 12-13)
- Die europäische Blue Card für weitere nicht-akademische Fachkräfte öffnen und Verdienstuntergrenzen abschaffen. Das Instrument der Westbalkanregelung ausbauen. (S. 26)
- Emissionshandel als Referenzinstrument. Verzicht auf Fachgesetze, die keinerlei zusätzlich positive Wirkung auf den Klimaschutz haben. (S. 39)
- Die geplanten Regelungen zu entwaldungsfreien Lieferketten sind praxisuntauglich. (S. 45)

B. Das ist negativ

Bereiche Arbeit und Soziales

- Flexiblen Renteneintritt über Abschläge/Zuschläge regeln. (S. 20) (Dies könnte dazu führen, dass sich gut bezahlte Fachkräfte mit hohen Anwartschaften sehr früh aus dem

Erwerbsleben verabschieden und nicht mehr als Fachkräfte zur Verfügung stehen. Menschen mit niedrigen Ansprüchen überschätzen oft ihre tatsächlichen Renteneinkommen und gehen ebenfalls zu früh.)

- Die Beiträge für Selbstständige zur gesetzlichen Krankenversicherung sollten sich nicht, wie von der FDP gefordert, an den tatsächlichen Einnahmen orientieren (S. 18), denn dies wäre eine Subventionierung nicht auskömmlicher Selbstständigkeit (durch die Solidargemeinschaft der Beitragszahler der GKV) und würde wettbewerbsverzerrende Anreize setzen.

Bereich Berufliche Bildung

- Der Zugang zu kleineren, flexibleren Bildungszertifikaten stellt eine Vermengung von bisher non-formalen von Bildungsträgern getragenen Weiterbildungsformaten zu hoheitlichen, ordnungspolitisch geregelten Abschlüssen nach der Handwerksordnung dar. (S. 9)
- Die Einführung eines Lebenschancen-BAföGs steht in Konkurrenz zu bisherigen Lehrgangsförderung von formalen Fortbildungsabschlüssen durch das Aufstiegs-BAföG sowie der Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen nach SGB III zur Integration in den Arbeitsmarkt durch die Bundesagentur für Arbeit. (S. 9)

Bereich Gewerbeförderung

- Die Zielsetzung, die beruflichen Bildungszentren zu regionalen Innovations- und Gründerzentren auszubauen, ist unklar und unrealistisch. (S. 8)
- Wissenschaft als Schlüssel zur Zukunft. FDP sieht bei Innovationen fast ausschließlich die Wissenschaft im Fokus. Kein Wort zu KMU und Handwerk. (S. 9ff)
- Die Einrichtung eines EU-weiten Kulturfonds für Denkmalschutz birgt die Gefahr, bestehende Kompetenzen und Vorgehensweisen zu unterhöhlen. (S. 10)
- Unter "Kultur- und Kreativwirtschaft" versteht die Partei kein Kunsthandwerk, jedoch "Design, Comics und Games". (S. 10)

Bereich Wirtschaftspolitik

- Einführung einer Europäischen Einlagensicherung (EDIS) wird kritisch bewertet. Die Begründung (Gefahr für institutseigene Sicherungssysteme der Sparkassen und Volksbanken) (S. 16) ist nachvollziehbar und begrüßenswert. Allerdings wird im gleichen Absatz die Vertiefung der Banken- und Kapitalmarktunion gefordert. Das wiederum ist unverständlich, denn die kritisierte Einlagensicherung ist Bestandteil der Bankenunion.
- Biodiversität: Populationsschutz statt Individuenschutz und fragliche Finanzierung von Ersatzgeldzahlungen (S. 40)

Bereich Steuer- und Finanzpolitik

- Überstundenzuschläge steuerfrei stellen. (S. 13)

Bereich Europapolitik

- Für Carbon Capture and Storage und Aufforstung soll es kostenfreie ETS-Zertifikate geben. (S. 39)
- „Wir wollen das EU-Klimaziel um ein eigenes Negativemissionsziel erweitern.“. (S. 39)

C. Das fehlt

Bereiche Arbeit und Soziales

- Aussagen zum Umgang mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Dies würde bei Nicht-Einführung des CSDDD weiterbestehen.
- Die Schaffung notwendiger Unterstützungsstrukturen für kleine Unternehmen im Zuwanderungsprozess.

Bereich Berufliche Bildung

- Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung durch ein DQR-Gesetz.
- Aussagen zur Unterstützung der Mobilität von Auszubildenden (z.B. Azubi-Wohnen, Azubi-Ticket).
- Aussagen zur Unterstützung der Ausbildungsbetriebe bei zunehmend mangelnden Grundkompetenzen (in Deutsch und Mathematik) von Schulabgängern bzw. neuen Auszubildenden.

Bereich Gewerbeförderung

- Aussagen zur finanziellen Stärkung der ÜLU und der Bildungsstätten.
- Finanzielle Gleichwertigkeit beruflicher zu akademischer Bildung
- Aussagen, Normen und Standards praktikabler, einfacher und mittelstandsgerechter auszugestalten.
- Aussagen zur Existenzgründungspolitik und zur Förderung von Selbständigkeit.

Bereich Recht und Organisation

- Bekenntnis zur Selbstverwaltung als Ausprägung moderner und effizienter Leistungsverwaltung
- Bekenntnis zur Meisterqualifizierung als qualitätssicherndes Instrument für Gefahrenabwehr, Kulturgüterschutz und Ausbildungsleistung.

Bereich Wirtschaftspolitik

- Aussagen zur Weiterentwicklung des Straßenverkehrsrechtes, um gewerbliche Verkehre besser berücksichtigen zu können.
- Tiefergehende Erwähnung der Entwicklung des ländlichen Raums.
- Regionalpolitische Themen und Förderprogramme (ob auf nationaler oder europäischer Ebene).
- Ausführungen zu Verpackung und Ökodesign (z.B. DPP).

Bereich Steuer- und Finanzpolitik

- Umsatzsteuer: Umgang mit EuGH-Rechtsprechung, um Ist-Versteuerung praxistauglich zu halten. Zudem muss die MwStSystRI auf europäischer Ebene angepasst werden, sodass auch weiterhin ein sofortiger Vorsteuerabzug aus Rechnungen von Ist-Versteuerern erlaubt ist.

Bereich Europapolitik

- „Den europäischen Binnenmarkt wollen wir vertiefen – vor allem für Arbeit“ (S. 51), sehr vage